

keinen Übergang zur rechtsstaatlichen Demokratie geben wird. Juntachef General Saw Maung: "Die Regierung wird bei der Ausarbeitung des Konstitutionsentwurfes die beratende Funktion übernehmen und Hilfeleistungen stellen", (Bangkok Post 5.7.90). Der erste Sekretär des SLORC, Brigadegeneral Khin Nyunt, erklärte am 13.7.90: "Frau Aung San Suu Kyi wird in naher Zukunft nicht entlassen. Die Konstitution muß ratifiziert werden und bedarf der Zustimmung des SLORC" (Bangkok Post 15.7. und 18.7.90). Am 27.7.90 äußerte Khin Nyunt: "Auf gar keinen Fall erhält eine Partei die drei Bereiche Staatsführung, Staatsverwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung. Das neu zu bildende Parlament hat lediglich die Aufgabe, eine Konstitution auszuarbeiten" (SLORCs Declaration No. 1/90; Emirates News 8.8.90).

Wenn dem so ist, bleibt die Frage: Warum überhaupt die Wahlen, was sollte der ganze Aufwand? Die Reaktion der immer zorniger werdenden Bevölkerung ließ denn auch nicht lange auf sich warten. Zu einer von der NLD einberufenen Konferenz kamen trotz des Versammlungsverbot rund 10.000 Anhänger (Emirates News, 31.7.90).

Mittlerweile gerät die NLD in die Zwickmühle: Einerseits muß sie unbedingt auf ihrem Recht bestehen, eine neue Regierung zu formieren, notfalls auch dafür zu kämpfen, sonst wird sie einen Teil ihrer Anhängerschaft verlieren; andererseits muß sie vorsichtig genug sein, das Regime nicht zu provozieren und unnötiges Blutvergießen zu vermeiden.

Vom 7.-8.8.90 fand in Mandalay, der zweitgrößten Stadt Burmas eine Demonstration statt, an der sich etwa 5000 junge Leute beteiligten. Vier Demonstrations Teilnehmer - zwei Mönche und zwei Studenten wurden von Sicherheitskräften erschossen. Nach offizieller Darstellung sind dies allerdings "bloße Gerüchte skrupelloser Elemente" (Int. Herald Tribune, Frankfurter Rundschau, 9.8.90).

Michael Adler faßte in der International Herald Tribune die Ereignisse um die Wahlen in Burma wie folgt zusammen: Die herrschende Armee habe den Wahlausgang falsch eingeschätzt. Sie werde die Wahlergebnisse ignorieren. Die Wahlen seien abgehalten worden, um Kritiker in aller Welt zu besänftigen. Bei den Wahlen hätten die Burmesen bewiesen, daß sie politisch erwachsen sind. "Wie lange", so fragte sich der Verfasser, "kann ein entrechtetes Volk ohne Revolution oder tatkräftige internationale Solidarität weiter leben?"

Kyaw Than



"Burmische Dissidenten protestieren vor ihrer Botschaft in Bangkok"

Foto: Bangkok Post, 08.08.90

Kommentar

Handelsembargo!

Zorn, Unmut und Frustration des burmesischen Volkes machen sich von Tag zu Tag breiter, denn auch nach dem herausragenden Wahlsieg der Opposition muß noch auf den versprochenen und lang ersehnten Wechsel vom militärischen Despotismus zur rechtsstaatlichen Demokratie gewartet werden. Die fürchterlich untaugliche Regierungsclique in Rangun beharrt nach wie vor vehement auf ihrer Willkürherrschaft, ist apodiktisch in ihrer Überzeugung, die begnadete Bewahrerin der Nation zu sein.

Unterdessen wächst die Spannung zwischen Volk und Militär. Heftige Auseinandersetzungen, noch wahrscheinlicher gewalttätige Konflikte bis hin zum Bürgerkrieg sind denkbar geworden.

Folglich lautet die aktuellste Frage: Was tun, um diese brisante Lage zu entschärfen, wie kann eine friedliche Lösung herbeigeführt werden?

Hierzu kann das Ausland wesentlich, vielleicht sogar entscheidend beitragen. Gewiß, es ist mit Entrüstungen, Empörungen oder Appellen allein nicht getan. Die militärischen Eliten haben internationalen politischen Druck bislang noch nie zur Kenntnis genommen oder darauf reagiert. Demzufolge muß die Ultima ratio Handelsembargo heißen! Zugegeben, ein Embargo als solches wird in der letzten Zeit eher als harmlos betrachtet, es gibt jedoch Ausnahmen. Aus der jüngsten Erhebung über die Auswirkungen von Handelssanktionen geht hervor, daß die Erfolgchancen derartiger Maßnahmen durchaus beachtlich sind, wenn es sich um kleinere Diktaturen han-

delt Ne Win und seine Schergen in Uniform sind auf dem Wirtschaftssektor nachhaltig verwundbar. Dies ist aus einigen Wirtschaftsdaten einfach abzuleiten: Bruttoinlandsprodukt (BIP) rund 10 Mrd. US\$; Auslandsschulden (1986/87) über 40 % des BIP; Exporterlöse 300 bis 400 Mio. US\$ (Die Hauptexportgüter Teak und Reis machen zusammen über 60 % des Gesamtexporterlöses aus); Schuldendienst 60-90 % der Exporterlöse; Devisenreserve (1986/87) 29 Mio. Sonderziehungsrechte - SZR (entsprachen während des Pogrom-Jahres 1988 10 Mio. US\$).

Um den Devisenfluß nach Burma zu unterbinden - was gleichbedeutend mit dem Ende des diktatorischen Regimes wäre -, sind zwei Voraussetzungen zu erfüllen: Zum einen muß der Direktimport aus Burma gestoppt werden, zum anderen der Import von Waren, die aus burmesischen Rohstoffen hergestellt sind. Diese Maßnahmen wären deshalb so verheißungsvoll, weil die Opfer, die die einzelnen Staaten ebenso wie die Mitgliedsländer der EG und der OECD wegen des Handelsausfalls in Kauf nehmen müßten, verschwindend gering sind - aber der Gewinn wären Freiheit und Demokratie für ein Land mit 40 Mio. Einwohnern!

Kyaw Than

Der Autor ist Ingenieur und lebt seit 1969 in der Bundesrepublik. Er ist Vizevorsitzender des Committee for the Restoration of Democracy in Burma (CRDB) und 2. Vorsitzender der Deutsch-Burmesischen Gesellschaft.